

23.11.95

Antrag

**der Länder Rheinland-Pfalz
und Schleswig-Holstein**

Entschließung des Bundesrates "Forderungen der Länder zur Regierungskonferenz 1996"

- Antrag der Länder Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz -

Punkt 48 der 691. Sitzung des Bundesrates am 24. November 1995

Der Bundesrat möge beschließen:

In Teil A II Nr. 1 Abs. 2 ist nach Satz 1 einzufügen:

"Es muß ergänzend sichergestellt werden, daß positive Fördermaßnahmen der Mitgliedstaaten für Frauen, einschließlich Quotenregelung bei Einstellung und Aufstieg, nach dem EG-Vertrag zulässig sind. Dabei ist festzulegen, daß Gleichstellung als Querschnittsaufgabe Bestandteil der Gemeinschaftspolitiken ist."

Als Folge

ist Teil B Nr. 15 nach Art. 6 a Abs. 2 EGV wie folgt zu ergänzen:

"In Artikel 119 EGV ist die Überschrift wie folgt zu fassen:

"Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben"

Der bisherige Wortlaut des Artikel 119 EGV wird Absatz 1. Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

"(2) Die Gleichstellung von Frauen und Männern umfaßt auch aktive Fördermaßnahmen, die bei gleicher Qualifikation eine Bevorzugung von Frauen bei Ausbildung, Einstellung und dem beruflichen Aufstieg vorsehen, solange Frauen in den jeweiligen Bereichen unterrepräsentiert sind." "

Begründung (nur für das Plenum):

Um nach dem Urteil des EuGH vom 17. Oktober 1995 (AZ: C-450/93) Rechtssicherheit und Rechtsklarheit für alle Mitgliedstaaten zu schaffen, ist es erforderlich, im Vertrag eine Grundlage für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben zu schaffen, die über die bisherige Entgeltregelung des Art. 119 EGV hinausgeht und vorübergehend auch eine Bevorzugung von Frauen zum Abbau bestehender Benachteiligungen zuläßt.